

# Volkstimme

Einzelpreis 35.00 M.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich Redakteur Albert Pauli, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Linde, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Stamm, in d. A., Magdeburg, Große Mühlstraße 2. Fernsprech-Anschluß Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. Postkontingente 2. Nachtrag, Seite 110.

Bezugspreis: Monatlich 700,00 Mark. Beim Abholen vom Verlag und den Ausgabestellen monatlich 670,00 Mark. — Anzeigengebühren: Die 10spaltige Kopierzeile 30,00 Mark, auswärts 110,00 Mark. In Reklameteil Seite 330,00 Mark, auswärts 400,00 Mark. Vereinsrabatt 80,00 Mark. Anzeigenrabatt geht verloren, wenn nicht binnen 10 Tagen Zahlung erfolgt. Postkontingente: Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 9.

Magdeburg, Freitag den 12. Januar 1923.

34. Jahrgang.

## Die Franzosen sind eingerückt.

**Wb. Essen, 11. Januar.** Französische Kavallerie und Infanterie in Panzerwagen haben heute früh gegen 6 Uhr die Grenze des besetzten Gebiets in Rettwig überschritten und ziehen in zwei getrennten Kolonnen gegen Essen heran. —

**Wb. Essen, 11. Januar.** Die Spitze französischer Truppen ist um 9 $\frac{1}{2}$  Uhr in Essen eingetroffen. —

**Wb. Paris, 11. Januar.** „Matin“ berichtet, daß 25 000 Mann Truppen Essen und Umgebung besetzen. —

**Wb. Paris, 11. Januar.** Die Morgenpresse nimmt allgemein an, daß die Besetzung des Bezirks von Essen heute nachmittag gegen 2 Uhr durch die hierfür bestimmten belgisch-französischen Truppen durchgeführt sein wird.

### Der „friedliche“ Krieg.

Mit Infanterie, Artillerie, Kavallerie, Geschützen, Maschinengewehren, Tanks und Flugzeuggeschwadern ist Frankreich am Morgen des 11. Januar in das Ruhrgebiet eingerückt. Dies ist jedoch, so werden wir belehrt, eine vollkommen friedliche Maßnahme. Nur ein ganz böswilliger Feind Frankreichs könnte die Ansicht vertreten, es handle sich hier um eine militärische Aktion.

Die deutschen Behörden, Industrie- und Handelsunternehmungen und Zivilpersonen werden freundlichst eingeladen, diesem friedlichen und rechtlichen Unternehmen der französischen Regierung jeglichen Beistand zu gewähren. Allerdings, sollten sie die Pflichten des Gehorsams gegenüber den neuen Herren verletzen, so werden ihnen die äußersten Unannehmlichkeiten angedroht.

Die Henckelei hat drei Grade. Im ersten erzielt sie gewisse Erfolge. Im zweiten wirkt sie lächerlich. Im dritten schlägt sie zu unermesslichem Stumpfsinn um. Der dritte Grad ist hier erreicht.

Der französische Einmarsch ist ein Gewaltstreich. Die deutschen Behörden und Zivilpersonen sind auf Grund keines Rechtes der Welt verpflichtet, von Deuten, die widerrechtlich eingebredungen sind, Befehle entgegenzunehmen. Nicht einmal auf Grund des Kriegsrechts. Denn der Krieg ist gar nicht erklärt, es handelt sich ja um eine vollkommen „friedliche Aktion“.

Wer sich der fremden Gewalt fügt, schützt sich damit vor schlimmen Gewaltmaßnahmen. Wer sich ihr nicht fügt, ist vollkommen in seinem Rechte. Wenn ihm dafür auch nur ein Haar gekrümmt wird, so gibt es keine Bestimmung des Völkerrechts, mit der die Schädigung, die ihm zugefügt wird, gerechtfertigt werden könnte.

Das festzustellen, ist heute Pflicht eines jeden Friedensfreundes, eines jeden Volkstreuers, der die Verständigung mit einem Frankreich erstrebt, das sich vom Poincarismus befreit hat und mit rechtmäßigen Mitteln seine Interessen vertritt.

Die französischen Kontrollingenieure, die sich mit dem statischen bewaffneten Ehrengelock von rund 50 000 Mann und Köstern nach dem Ruhrgebiet begeben, haben dort eine Ueberraschung erlebt. Das Kohlenhidikat ist ausgeflogen, es hat seinen Sitz nach Hamburg verlegt und seine Funktionen bis auf weiteres eingestellt. Die Wirtschaftsregierung des Ruhrreviers hat ähnlich gehandelt wie die Reichsregierung beim Anmarsch der Kapp-Revellen. Sie hat ihren Apparat dem unrechtmäßigen Zugriff der Eindringlinge entzogen.

Das ist eine Maßnahme, die politisch begründet ist. Sie darf aber nicht zur dauernden Auflösung des Syndikats und zur freien Kohlenwirtschaft führen! Darauf zu achten, liegt im Interesse der Arbeiter, besonders der Bergarbeiter, aber auch der Fertigungsindustrie. In diesem Augenblick jedoch ist ein Streit darüber, ob unsere Kohlen frei oder gebunden bewirtschaftet werden sollen, müßig. Sie werden zunächst gebunden bewirtschaftet werden, aber von Frankreich.

Die deutsche Regierung läßt durch ihre Botschafter alle übrigen Regierungen von dem vollzogenen Vertragsbruch der französischen und der belgischen Regierung offiziell verständigen. Der Botschafter Mayer in Paris und der Gesandte Landsberg sind abberufen, die diplomatischen Beziehungen aber nicht abgebrochen. Das Missionarverial bleibt unter Führung der ersten Sekretäre an Ort und Stelle.

Die Absicht der deutschen Regierung, die diplomatischen Beziehungen nicht abzubrechen, ist zu billigen. Ihr Abbruch ist leicht vollzogen, ihre Wiederherstellung ist schwerer. Ihre Aufrechterhaltung ist ein Zeichen dafür, daß Deutschland nicht gewillt ist, seinen schweren Konflikt mit der gegenwärtigen französischen Regierung auf gewalttätigen Wege anzutragen. Gewalt zu üben und sich damit vor den Augen

der ganzen Welt noch tiefer ins Unrecht zu setzen, möge der anderen Seite überlassen bleiben.

Die vorliegenden Nachrichten sind schon schlimm genug. Wir müssen uns für die nächsten Tage auf noch schlimmere gefaßt machen. Der französische Militarismus, brutal-idiotisch wie jeder andre, wird, wo sich ihm passiver Widerstand entgegensetzt, ja, wo er ihn auch nur vermutet, zu Repressalien schreiten. Seine Willkür und damit auch die Erbitterung gegen ihn hat noch nicht den höchsten Grad erreicht.

So drohen uns schwere Gefahren auch im Süden. Eine eiserne Disziplinierung der Geister tut not. Kein größeres Unglück könnte Deutschland widerfahren und Poincaré könnte kein größerer Triumph bereitet werden, als wenn sich die berechtigte Erbitterung in ziellosen Gewalttaten gegen Ausländer — schuldige oder unschuldige — äußern würde. Jeder Schlag, der einen Franzosen trifft, ist Poincaré Millionen wert. Jeder Schlag aber, der gegen einen andern Ausländer geführt wird, Milliarden. Poincaré braucht Leute von der Gegenseite, Deutsche, die noch größere Dummheiten begehen als er selber. Er braucht Fremdenpogrome in Deutschland. Wer liefert sie ihm?

Die „Deutsche Zeitung“ liefert sie ihm, das völkisch-deutschnationale Blatt, das nach Gewalttaten schreit, obwohl es von deutschen sich für national haltenden Industriellen und nicht von den französischen Luftkönigen bezahlt wird. Es braucht nicht jeder ein gefasster Agent des französischen Imperialismus zu sein, der „Zwischenfälle“ arrangieren will. Es gibt Leute, die so entsetzlich dumm sind, dies umsonst zu tun und die darauf als auf eine nationale Tat noch stolz sind.

Können wir uns vor ihrer verbrecherischen Dummheit schützen, so brauchen wir nicht zu verzweifeln. Die Gewalt hat ihr Spiel noch nicht gewonnen. Wirtschaftliche und diplomatische Umstände, die ihr das Handwerk erschweren, werden nicht ausbleiben. Poincaré und die Poincaristen sind in Frankreich eine Minderheit, sie sind zweifellos eine kleine Minderheit in der Welt.

Es geht um eine große weltgeschichtliche Entscheidung. Es handelt sich darum, ob das unbewaffnete Recht im Kampfe gegen die erzipanzerte Gewalt behaupten kann. Alle Friedensfreunde, alle sozialistischen Arbeiter der Welt und vor allem auch die französischen, sind berufen, diesen Kampf mitzukämpfen, den Krieg zu Boden zu werfen, dem Frieden einen unblutigen Sieg zu erschaffen und ein neues Europa zu schaffen, in dem das Recht gilt. —

### Deutsche Gegenmaßnahmen.

Reichskanzler Cuno hielt im Auswärtigen Ausschuß des Reichstags am Mittwoch nachmittag die angekündigte große Rede. Die Verhandlungen werden streng vertraulich behandelt, über die Rede des Kanzlers wird ein amtlicher Bericht verbreitet, dessen wichtigster Teil von den geplanten deutschen Gegenmaßnahmen handelt. Der Kanzler sprach davon, daß „mit Frankreich nicht zu einer Lösung des Reparationsproblems zu kommen sei“. Nach einer Darlegung der Rechtslage kam der Kanzler zu dem Schlusse, daß „Frankreich und Belgien den Vertrag von Versailles offenkundig gebrochen hätten“. Ueber die „ernsten Konsequenzen“, die daraus zu ziehen seien, führte Cuno aus:

Aktive Gegenwehr ist dem deutschen Volke nicht möglich, aber es dürfe sich doch nicht willenslos dem Rechtsbruch beugen. Die Reichsregierung werde Protest gegen den Rechtsbruch allen Mächten notifizieren. Der Botschafter Mayer werde angewiesen werden, Paris zu verlassen und hierher zu kommen. Das Konsulatspersonal werde zurückhalten. Die Reparationsleistungen würden den verletzlichen Ländern gegenüber eingestellt werden; die

Spannweite habe notwendig den Tod der Reparationen zur Folge, schon weil mit der Besetzung des Ruhrgebiets, der stärksten Quelle der deutschen Wirtschaftskräfte, unsere Leistungsfähigkeit völlig zusammenbrechen müsse. Die Beamten im besetzten Gebiet würden mit Rücksicht auf die Bevölkerung und auf die Fortführung der Verwaltungsgeschäfte dort gelassen werden. Was weiter zu geschehen habe, hänge von dem ab, was von der anderen Seite noch erfolgen werde.

Entscheidend sei für uns alle die Haltung des Volkes in Einigkeit und Würde auch während der bevorstehenden Leidenszeit. Im Innern müßten wir allen wirtschaftlichen Gefahren entgegenzutreten, die aus der Besetzung des Ruhrgebiets unserer Wirtschaft entstehen könnten.

Es gelte jetzt, jede unnötige Leistung abzumehren, die insbesondere sich aus der wahnwitzigen, irrwitzigen Steigerung der fremden Währungen ergeben werde. Trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die dem entgegenstünden, habe die Regierung Bemühungen hierzu eingeleitet. Verhandlungen darüber mit den wirtschaftlichen Kreisen seien im Gang und würden in den nächsten Tagen nach der Seite der Gewerkschaften hin weitergeführt werden.

Das deutsche Volk müsse sich in allen Schichten, auch in denen, die bisher die Not nicht empfunden hätten, zu einfacher Lebenshaltung bekennen. In Beratungen über diese Frage und die Gesamtlage seien die Staats- und Ministerpräsidenten der Länder für Freitag nach Berlin gebeten.

Allen Erfolg unserer Bemühungen gegenüber dem Vertragsbruch hänge davon ab, ob wir die Kraft aufbrächten, wirklich durchzuhalten und alle zusammenzustehen: Volk wie Staat, wirtschaftliche Kräfte wie politische Parteien. Das soll auch zum äußern Ausdruck gebracht werden durch einen vom Reichskanzler gezeichneten Aufruf des Reichspräsidenten, der dazu mahne, den nächsten Sonntag zu einem Tage der Eintracht und der ersten Würde gegenüber der Not des Vaterlandes zu gestalten. Die Regierung werde nicht ruhen, bis sie den Weg gefunden habe, durch Festhalten an der bisherigen Aktivität die Lage zu entwirren.

Der Reichsminister v. Rosenbergs erstattete dann Bericht über den Schritt des französischen Botschafters und des belgischen Geschäftsträgers, der im Auswärtigen Amt erfolgt sei. Er gab den Inhalt der ihm gemachten mündlichen und schriftlichen Mitteilungen bekannt und erklärte, daß er sofort gegen die angekündigte vertrags- und völkerrechtswidrige Aktion Protest erhoben habe.

Zur Namen ihrer Parteien sprachen Genosse Germanus Müller für die Sozialdemokratie, Spahn für das Zentrum, Stresemann für die Deutsche Volkspartei, Geffert für die Deutschnationalen, Roenen für die Kommunisten und ein Vertreter der Bauern Volkspartei. —

### Was ist weiter zu tun?

Ueber die Auffassung in sozialdemokratischen parlamentarischen Kreisen wird uns aus Berlin geschrieben:

Man ist sich darin einig, daß die Partei auf das Stärkste gegen das Vorgehen des französischen Imperialismus Einspruch zu erheben hat. Dies liegt auch durchaus auf der Linie unserer internationalen Politik, die von der gesamten sozialistischen Internationale geteilt wird. Allerdings ist es notwendig, gerade angesichts der rasch wachsenden nationalen Stimmung im Land einen tiefen Trennungstich zwischen uns und den nationalistischen Strömungen zu ziehen. Gemeinsame Kundgebungen mit den Deutschnationalen werden für unangebracht gehalten. Vorsicht ist um so mehr geboten, als die „Deutsche Zeitung“ in Berlin, das Organ der Deutschnationalen, in dieser Sache wiederholt zur Gewaltanwendung gegen Ententeoffiziere und Soldaten aufgefordert hat.







Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 11. Januar 1923.

Trauerkundgebungen in den Schulen.

Der preussische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat an sämtliche Schulbehörden Preussens folgenden Erlass gerichtet:

Für den Fall des Einmarsches fremder Truppen in das Ruhrgebiet sind in allen preussischen Schulen am letzten Tage dieser Woche die Schüler und Schülerinnen zusammenzurufen und auf den Ernst der Lage hinzuweisen. In dieser Stunde soll die Trauer unsers deutschen Vaterlandes über die ihm von neuem angetane Gewalt auch bei unsrer Jugend zum Ausdruck kommen.

Diese Feier gilt dem Schmerz und der Empörung über das Unrecht, das einem entmanneten und wehrlosen, ehelich um die Erfüllung der ihm auferlegten Bedingungen ringenden Volke durch die widerrechtliche Besetzung seines heiligen Heimatbodens geschieht. Sie gilt dem treuen Gedenken an die Volksgenossen im Westen, deren geschicktes Leiden unser aller Weisheit ist, und der tiefen Trauer, die unser Volk um so fester in allen seinen Gliedern zusammenzuschließen wird. Sie gilt dem durch äußern Zwang niemals zu erschütternden Glauben an die Heiligkeit des Rechts und an eine hellere Zukunft unsers in gemeinsamer Not um so opferfreudiger zusammenstehenden deutschen Volkes.

Bei der Ansprache an die Schüler und Schülerinnen sind dem Verständnis der Jugend entsprechend die Kundgebungen des Herrn Reichspräsidenten sowie des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten in geeigneter Weise zu verwenden. Die Trauerkundgebung ist Sonnabend in die dritte Unterrichtsstunde zu legen; danach ist der Unterricht zu schließen. Wegen der Kürze der Zeit ist dieser Erlass durch die Presse veröffentlicht worden.

Ein Marktbrot 530 Mark.

Reichskanzler Cuno hat in seiner Rede vor dem Reichstag am Mittwoch auch davon gesprochen, daß in dieser Zeit der Not alle Berufe und Parteien zusammenstehen müßten und daß vor allem jede unnötige Verteuerung vermieden werden müsse. Gut gesagt! Nur wird niemand danach handeln. Nach wie vor werden sich die Inlandspreise nach dem Dollarkurs richten, selbst da, wo eine zwingende Notwendigkeit nicht vorliegt. Das zeigt sich wieder bei der Neufestsetzung des Milchpreises, der von den Landwirten als Stall von 120 auf 160 Mark erhöht wurde. An sich noch ein „Entgegenkommen“ an die Verbraucher, da der Butterpreis ja schon auf 2000 gestiegen ist, und die Milch demnach auch 200 Mark das Liter kosten könnte. Zu diesen 160 Mark kommen noch 52 Mark für Fracht, Umschlagsteuer und sonstige Kosten der Verarbeitung und Verteilung, so daß sich das Liter offene Milch für die nächsten 14 Tage auf 212 Mark stellen wird.

Auch die seit langem angekündigte Brotpreis-erhöhung tritt am 15. Januar in Kraft. Zwar wird das Brot von 1900 Gramm nicht 600 Mark kosten, wie erst befürchtet wurde, aber auch 530 Mark stellen eine nicht unbeträchtliche Summe für ein Brot dar. Eine Tonne (20 Zentner) Inlandsweizen kostet nach dem augenblicklichen Dollarkurs fast 400 000 Mark, das Pfund also 200 Mark. Etwa die Hälfte unsers Weizenbedarfs muß durch dieses Auslandsweizen gedeckt werden. Dadurch stellt sich der Preis des Weizens für ein 1900-Gramm-Brot allein auf 422 Mark — vorläufig —, 107 Mark entfallen auf die Kosten der Herstellung (Transport, Steuern, Rohen, Löhne) und dergleichen. In Berlin kostet die gleiche Brotmenge 570 Mark.

Steigt der Dollar in dem Tempo der letzten Tage weiter, wird es der Reichsregierung immer schwerer werden, die nötigen Devisen zum Ankauf des ausländischen Getreides heranzuschaffen. Es ist daher nicht ausgeschlossen, daß man doch noch zur Streckung des Weizens mit Kartoffeln greifen muß. Die Kartoffelerzeuger haben dann gleich Gelegenheit, der eingangs erwähnten Mahnung des Reichskanzlers nachzukommen und bei der Preisfestsetzung recht zurückhaltend zu sein. Wir werden ja sehen!

Aber auch die Unternehmer sollten Einsicht zeigen. Wenn man eine Einheitsfront will, so darf man das doch

wohl nicht so verstehen, daß die Arbeiter hungern und die Unternehmer nicht. Wenn das Brot im Preise steigt, so muß den Arbeitern auch ein angemessener Lohn gewährt werden, damit sie ihre Kinder satt machen können. Man darf sie dann nicht zu Streiken zwingen und Aussperrungen vornehmen, auch dann, wenn Schiedsgerichte den Lohn für angemessen erklärt haben. Cuno hat in seiner Rede ein einfaches Leben von allen Deutschen gefordert. Die Arbeiter sind längst gezwungen, dieses einfache Leben zu führen. Aber daß sie ein trostloses Hungerleben führen sollen, während andre schwelgen, kann man von ihnen nicht verlangen.

Vereinigte sozialdemokratische Partei.

Bezirk Südburg. Am Freitag den 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr. Frauenabend im „Goldenen Löwen“.

Arbeiterchaft und Schankstättengesetz.

Unser Artikel über die Protestbewegung gegen das Schankstättengesetz beschäftigt Abstinente sowohl als auch die Arbeiter in Gärungsgewerbe sehr lebhaft. Aus beiden Lagern erhalten wir Zuschriften, die wir in Rücksicht auf die große Bedeutung der Angelegenheit in folgendem wiedergeben:

Die Arbeiter-Abstinente schreiben: Das in Frage stehende Schankstättengesetz ist nicht die Frucht agitatorischer Tätigkeit der als Sozialisten ihren lebensreformistischen Idealen lebenden Arbeiter-Abstinente. Die gegenteilige Behauptung ist lediglich eine Ironisierung, hervorgerufen durch Vertreter des Brau- und Brennkapitals. Ebenso wie die auf dem Boden einer freien Weltanschauung stehenden Freidenker und Monisten für sich das Recht in Anspruch nehmen, innerhalb ihrer Kreise für ihre Anschauungen zu werben, so sind auch die Arbeiter-Abstinente berechtigt, für ihre Lebensauffassung in den Kreisen der freigewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter- und Angestelltenchaft Propaganda zu treiben. Sie verstehen als sozialempfindende Klassenbewußte Arbeiter und Angestellte sehr wohl die von Seiten der Arbeitnehmer im Gärungsgewerbe gehegte Befürchtung, durch eine völlige Trockenlegung Deutschlands (nach amerikanischem Vorbild) ihre Berufsstellung zu verlieren. Aber es ist doch äußerst kurzfristig und heißt die Anpassungsfähigkeit des Kapitals verkennen, wenn die Arbeitnehmer nunmehr glauben, daß sie infolge des etwaigen Trockenlegens mit ihren Familien dem Hunger preisgegeben sind. Es liegt doch sehr nahe — und Amerika zeigt es —, daß die häuslichen und selbst auch betrieblichen Anlagen der Brauereien und Brennereien der Erzeugung von Genuß-, Nahrungs- und Bedarfsmitteln befähigten Arbeiter nutzbar gemacht werden können. Die Gesellschaften werden so schnell wie möglich das in ihren Betrieben investierte Kapital in anderer Weise anwenden, dafür bürgt das technische Talent ihrer Arbeiter und der kaufmännische Geist ihrer Verwalter. Die große und mächtige Nahrungsmittelindustrie hat sich umgestellt und mußte dieses vornehmen zu einer Zeit, als das wirtschaftliche Leben gänzlich daniederlag. Dieser Schritt ist unserm Ermeßen nach dem Gärungsgewerbe leichter gemacht.

Nach den uns aus Amerika vorliegenden, glaubwürdigen Quellen entstammenden Nachrichten sind die wirtschaftlichen Folgen der plötzlichen und zögernde vorgekommenen Schließung aller Brauereien, Brennereien und Schenken für die Arbeitnehmer nicht von so schlimmer Wirkung gewesen, wie sie von Seiten des interessierten Alkoholkapitals den Deutschen hingestellt werden. Nur ein Beispiel. Mit dem Eintritt des Alkoholverbotes wurden 13 große Brennereien in Preußen von einer großen Nahrungsmittelgesellschaft übernommen und unter Aufwendung eines entsprechenden Installationskapitals für andere gewerbliche Zwecke umgewandelt (gewerblicher Alkohol, Viehfutter, Weizenmehl, Nahrungsmittel, Zunderwaren, Margarine, Maisöl, Seife, Weinsteig, Obstkonzerne). Während früher in diesen Brennereien 1000 Menschen beschäftigt waren, finden jetzt in den gleichen Räumlichkeiten 4000 Menschen ihre Arbeit. Von 526 nordamerikanischen Gewerkschaften sprachen sich 345 für und 13 gegen das Staatsverbot aus, während 38 sich nicht entschieden haben.

Es ist verständlich, daß ein in seinem Beruf aufgehender Facharbeiter sich nicht gern von diesem trennt, da er ihm zur zweiten Natur geworden ist, aber es offenbart sich in dem starren Festhalten am Althergebrachten kein Verständnis für die allgemeine Höhe der Zeit und die über das Einzelgeschäft weit hinausgehende ethischen Vorgründe der Alkoholverbotsforderung. Und wenn gewerkschaftlich organisierte Arbeiter einer häufigen Brennerei sich bewegen fühlen, für die Entlassung einer jugendlichen Arbeiterin einzutreten, weil sie einer Organisation angehört, die in dem Verdacht steht, mit den febrilen Abstinente zu sympathisieren, so schlägt das dem Kaffe den Boden aus. Liebe Klassen-genossen, laßt euch nicht als Strohbock gegen die eigene, das Wohl der Allgemeinheit im Auge habenden Massengenossen benutzen.

Von einem der beiden Berliner Vertreter des Alkoholkapitals in der „Hoffägers“-Versammlung wurde behauptet, daß, wenn die Weinbereitung aufgehört würde, die Weinberge des Rheins und Mosels eingehen und diese Gebirge durch keine andere Kultur mehr genützt werden könnten; daselbst behauptete er, den Geländen des Hopfenbaues. Darauf entgegnete wir: Winger am Rhein haben an vielen Orten (zum Beispiel in Krefeld und Osterfeld im Kreise St. Goar) infolge der Weinberbeerung den Weinbau fast ganz aufgegeben müssen. Sie haben sich dem — nach unsrer Kenntnis einträglicherem — Frühobstbau zugewandt und nutzen alle steilen Lagen durch die Anpflanzung von Kirschen, Aprikosen und Pfirsichen aus. Und wenn alle Weinberge verschwinden sollten, was niemand fordert, da die Weinberge roh genossen werden können, zur Weineisbereitung, Herstellung von Rosinen, alkoholfreien bzw. -armen Motten usw., so wird sich im Obelobstbau eine ungeahnt hohe Erwerbsmöglichkeit entwickeln, die ebensoviel, wenn nicht mehr Menschen beschäftigen wird. Während der Kriegsjahre sind in vielen Gemarkungen die Hopfengärten ausgedorrt worden und haben, mit Kartoffeln und Getreide bebaut, der Volksernährung wichtige Dienste geleistet. Die wirtschaftlichen Gefahren, von denen die Vertreter des Gärungsgewerbes sprechen, sind also nicht so groß, wie sie hingestellt werden.

Von Arbeitern im Gärungsgewerbe wird uns geschrieben:

Seit der Trockenlegung Amerikas hat die Propaganda in Deutschland für ein ähnliches Gesetz ganz erheblich an Umfang zugenommen. Die wirtschaftliche Not, in der sich das deutsche Volk und in erster Linie die Arbeiterchaft befindet, begünstigt naturgemäß diese Propaganda. Bei dieser Agitation, die von den abstinenten Vereinigungen aller Parteischattierungen betrieben wird, wird leider meistens über das Ziel hinausgeschossen. Die Arbeiter in der Gärungsindustrie und ihre Organisationen haben bis vor kurzem diesem Treiben tatenlos zugegesehen, doch verlangt es jetzt ihr Selbsthaltungstrieb, dagegen Front zu machen.

Es mag zugegeben werden, daß manches Verbesserungsbedürfnis ist, aber die Anträge, die zu diesem Gesetz von Seiten der abstinenten Vereinigungen gestellt sind, zeigen doch zu deutlich, wohin der Weg gehen soll. Wenn diese Anträge Gesetz würden, käme dies einer Trockenlegung, wenn auch erst nach Jahren, gleich. Das ist es, wogegen sich die Arbeiter des Gärungsgewerbes wehren. Der hier in Magdeburg gebildete Arbeitsausschuß glaubte es der Allgemeinheit schuldig zu sein, über all diese Fragen die Öffentlichkeit aufzuklären. Deshalb war die öffentliche Kundgebung im „Hoffägers“ veranstaltet.

Im ganzen kommen ungefähr 2 1/2 Millionen Menschen in Frage, die von der Gärungsindustrie direkt und indirekt leben. Diese Zahl war vor dem Kriege noch bedeutend höher, die Industrien, namentlich die Brauindustrie, sind sehr stark zurückgegangen. Nach der Brauerei- und Mälzereibereitungsindustrie zählte die Brau- und Mälzindustrie 1913 116 894 und 1921 nur noch 70 659 Beschäftigte. Dieser Rückgang kommt allein auf das Konto des Konsumrückgangs. Die Produktion betrug im Jahre 1911 70 353 Millionen Hektoliter, 1920 23 319 Millionen und 1921 33 845 Millionen Hektoliter. Hierbei darf nicht außer acht gelassen werden, daß von diesen Mengen auch heute noch ein Teil nach dem Ausland geht. Trotzdem behaupten die Abstinente, die Trunksucht nehme dauernd zu. Auch werden von Seiten der Abstinente über den Verbrauch an Gerste für die Vieherzeugung in der Regel ganz irreführende Zahlen genannt. So wurde behauptet, im Jahre 1921 seien 13 Millionen Zentner Gerste für die Vieherzeugung verbraucht worden. Genau sind verbraucht 9 868 923 Zentner, oder rund 15 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung im Jahre. Diese Menge verringert sich im laufenden Rechnungsjahr noch ganz gewaltig.

Ein Beweis, daß der Konsum ständig zurückgeht, ist der, daß immer mehr Brauereien stillgelegt werden. Einmal weil der steigende Kapitalbedarf nicht gedeckt werden kann und dann, weil Betriebe bei dem geringen Umsatz nicht mehr mitkommen können. Allerdings spielt bei vielen Stilllegungen nur rein kapitalistisches Interesse mit. Der Konsumrückgang an Wein und Trinkbranntwein bewegt sich ungefähr in derselben Höhe wie beim Bier. Nach Schätzungen der Reichsmonopolverwaltung wird der Verbrauch an Alkohol für Trinkbranntwein ungefähr ein Viertel des Verbrauchs der Vorkriegszeit betragen.

Wenn wir auf der einen Seite sehen, wie der Konsum gesunken ist, so sehen wir auf der andern Seite, wie außerordentlich stark die Einnahmen an Steuern für das Reich aus dieser Industrie gestiegen sind. Sollen doch im laufenden Rechnungsjahr 50 Milliarden eingenommen werden. Eine Summe, die trotz unsrer Geldentwertung für das Reich kein Pappertstück ist. Auf diese Einnahmen wird keine Regierung unter den heutigen Verhältnissen verzichten wollen. Ferner darf nicht außer acht gelassen werden, daß von der Gärungsindustrie andere Industrien nicht unwesentliche Vorteile haben. Zum Beispiel beschäftigt die Metallindustrie Tausende von Arbeitern, die die Spezialmaschinen und Apparate herstellen. Die Glasindustrie wird nicht unbedeutend davon beeinflusst. Wir haben also, daß es uns andrer greift. Wenn schon unser Wirtschaftsleben mit einem Urtiere vergleichbar wird, wo ein Raub ins andre greift, so kann man auch hier nicht willkürlich einige Räuber herausnehmen, ohne das Ganze zu gefährden. Mit diesen einigen Hinweisen sind die Zu-

Zur Chronik von Grieshuns.

Novelle von Theodor Storm.

(14. Fortsetzung.)

Es war recht einsam zu Grieshuns. Der Oberst trankte und verließ das Haus nur selten; an jeglichem Abend spielte er sein Flöten oder eine Partie Dame mit einem Familienkellner, der hier im Hause lebte; ein sonderlicher Mann, der alles zu verstehen meinte und gleichwohl ohne alle Erudition war. Der Oberst war ein Witmann; aber eine adlige Klosterjungfer Abbeide hielt strenge Hauswirtschaft; sie rief mir selber einmal am Sonntagmorgen zu: „Ob er mir seinen linken Strumpf, Magister; da soll die Sonn ihm bald nicht mehr auf Seine Wade brennen!“ Und als ich hin sah, siehe, da war ein Loch im Strumpf, und ich schämte mich gar sehr, um solchen Fehler aufzudeckern.

Wir war das Zimmer über der Einfahrt in dem Torhaus eingeräumt; ich hatte meine Bücher mit mir, und war es wohl zum erstenmal, daß Homerus und Virgilius, Arnoldus und Thomasius die Wände hier verzieren. In der Einfahrt unten hatte der Meierkellner ein Fenster, und es hieß, oftmals, so man nachmittags vorüberstreife solle von dort aus ein Maßschöpfchen und Umgießen deutlich hörbar werden, was in Wirklichkeit nicht sei; aber das sind nutzlos; es ist allzeit ruhig gewesen, wenn ich gegenüber meine enge Treppe aufgestiegen bin. Über drinnen in meiner Kammer war es gar einsam, wenn die Nachtruhe über den Hof gekommen war und ich noch über meinen Büchern saß. Wenn dann der Mond am Himmel stand und ich von der Arbeit zu dem einzigen Fenster trat, dann sah ich ein tiefes Heidefeld, das zwischen zwei hohen Waldreihen auslief; und mitunter drang ein seltsam Geulen aus der Ferne, von dorten, wo ich bei Tage ein altes Turmhäus hatte stehen sehen; da ich es zum erstenmal hörte, schritt ich zur Tür und schob den Riegel vor; dann löschte ich das Licht und legte mich schlafen. Das Geulen, das noch länger durch die Nacht tönte, ist aber von den hungrigen Wälfen kommen, deren derzeit im Heidekraut hier gewesen; und ich hab noch lang geizig und gehorcht; mir war, als könnten sie durch die offene Einfahrt kommen und mit der Katzen meine Tür anfallen. Als ich am Morgen dem Junker Rolf davon erzählte, sprach er: „Da in der Heide müssen Sie oft immer gehen, Herr Wa-

gister; ich bin zu Pferde dort gewesen und doch fast vom Leben abgenommen!“

Und auf meine Bitte hat er es also mir erzählt: Eine grimme Kälte ist es dasmal gewesen am Nachmittag vor dem letzten Heiligabend, zwei Wochen nur vor meiner Herkunft, und wie bleicher Meßingglanz hat die Dezemberjähre über die Heide hingegleitet. Trocken in dem großen Saale hat die Tante Heide herumgeschauert, ganz müde, alleinstehend, und hat niemand hinein dürfen, weder vom Gefolge, noch auch der Junker Rolf, wohl selber kaum der Oberst; denn für alle ist da drinnen die Weihnachtsfeier aufzubauen worden; der Vetter nur ist eigenwillig aus- und eingeschüßelt, denn er hat's gar selber noch verstanden als die Tante. Junker Rolf aber ist vor Ungeduld verwirrt und -abgesprungen, auch auf den Hof und in die Ställe eingelaufen und zuletzt dann in des Oberst Zimmer, wo dieser mit dem Verwalter vor der Gutsrechnung gesessen: „Was soll ich anfangen, Papa? Im fünf Uhr erst will Tante Heide schlafen!“

„So geh zu Deiner Freundin, der alten Katze!“

„Mag ich heut nicht, Papa.“

„So reit noch eine Stunde!“ hat der Oberst ihm gesagt und kaum von seinen Büchern aufgesehen; „und warum den Brauen an die Leine!“

Drauf ist der Junker in den Stall gegangen, wo die beiden Klepper an der Krippe standen, und hat dem Knecht gerufen, daß er ihm den Haken jähle und ihm den Brauen an die Hand gebe. „Gopp, Stella! Fera, hallo!“ Und so ist er in den bleichen Winterhörn auf die Heide hinausgeritten; die Mulde hinunter und weiter, immerzu über den hartgefrorenen Boden. „Huffa!“ Und er hat seine Heine Klappe mit der braunen Geierfeder vor Luft geschwenkt, und die kleinen feurigen Köpfe haben getanzelt, als wären auch sie, daß heut noch Weihnachtsheiligabend sei.

Wählich ist die Sonne weg gewesen. Nach kurze Weile hat das schwarze Heidekraut geleuchtet; dann hat die große dunkle Schattendecke sich gebreitet, und bald danach ist vom Himmel mehr zu sehen gewesen als drunten von der Erde. „O heh Christkindel!“ hat der kleine Reiter gerufen; „nun wird wohl bald für dich gekimmelt werden!“

Mit diesem wachte er seine beiden Köpfe, die gleich als Hunde seiner jungen Hand gehorchen. „Gopp, Fera!“ „Stella hopp!“ Und heimwärts ging es noch viel fröhlicher als hinaus. Wänter ließ er seine kinden Augen festwärts über die dunkeln

Heidebänken streichen, aber sehen konnte er nichts; nichts war zu hören als der Trab der Pferde auf dem harten Boden und das eigene Atemholen, denn das meiste Getier schlief unten in seinen Winterhöhlen; nur über ihm flammten und zitterten die Sterne in der grimmen Winterfalte.

Da, als er schon der rechts hin auslaufenden Waldspitze gegenüber war, die sich noch schwach am Abendhimmel merktbar machte, hörte er von dorten etwas durch die Heide troten. Um besser zu hören, zog er den Zügel an; aber die Pferde warfen mit den Köpfen, schnoben und drängten mit allen Kräften vorwärts. Der Junker hat zuerst gedacht, es sei ihr Gebrüll, der seit ehedem fortgewesen, und: „Fuf, Fuf!“ hat er laut hinausgerufen.

Dann ist er vor seinem eignen Stuf erschrocken; denn es ist ihm jäh aufs Herz gefallen, daß vor dem Fuß, der ihr Stalllamas gesehen, seine Klepper nicht solch ein Zittern und Schäumen überkommen würde. Und immer näher ist es auf ihn zu getrotet. Der Pferde ist er so unmaßig worden, daß sie mit ihrem jungen Reiter, als ob sie flögen, gegen den Herrenhof dahingeraus sind, der nur noch aus einem schwabenden Lichtschein über der Höhe leuchtlich war.

Zimmer voller ist die Jaed gegangen, und da ist es dich: an ihm heran gewesen: „Ein Wolf! Ein Wolf! Hüte, Hüte!“ hat das Kind geschrien und dabei seine Peitsche geschwungen, unachsend, daß es dessen nicht bedurfte. Dann gab es einen Auf; der Knappe hatte mit den Vorderhufen angeschoben, daß Junker Rolf die blanken Eisen durch das Dunkel blitzen sah; er hatte die Hüte aufgezogen und lag mit der Brust auf dem Galge seines Pferdes.

Das aber stieß einen Zeterrei aus, und laufend ging es nach dem Hof und schon dem Rufflug und dem Tor zu. „Stilla! Warten! Warten!“ Er wußte selber nicht, wen er gerufen hatte, aber ein Geheul ist von dem Hof losgebrochen; und Fuf und die andern Hunde sind hinausgestürzt und um das Pferd herum, und die glimmenden Augen an dessen Seite sind in die Nacht zurückgewichen. Roffe, Reiter und Hunde sind durch die offene Einfahrt in den Hof hineingebrochen.

„Aber der Wolf, der grüne Hund,“ sagte der Junker und nicht mit seinen blanken Augen zu. „hat doch mein Pferd verschien; es ist noch lang nicht heiler; der Vetter kann es nicht kurieren.“

(Fortsetzung folgt.)







# Nachrichten aus der Provinz.

## Parteinachrichten.

Groß-Salze. Sozialdemokratischer Verein. Sonnabend den 13. Januar, abends 8 Uhr, Versammlung bei Golle.

## Kreis Wangleben.

Groß-Otterleben. Eine Frauenversammlung findet am Freitag abends 7 1/2 Uhr im Sitzungszimmer der Mädchenschule statt. Alle in der Sozialdemokratischen Partei organisierten Frauen sind dazu eingeladen. Eine Funktionärversammlung wird am Sonntag abends 7 Uhr in der Mädchenschule abgehalten. Durch die Einmündung ist eine Regelung des gefakten Parteiapparats notwendig. Nicht aller Funktionäre ist es, in dieser Sitzung zu erscheinen. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Parteiverbands findet am Montag abends 8 Uhr ebenfalls in der Mädchenschule statt.

Stierweddingen. Die Not der Armen der Bedürftigen, Alten und Sozialrentner im Orte nimmt Formen an, die gebieterisch Hilfe heischen. Wenn auch schon in anerkennenswerter Weise von den Grundbesitzern hier und da mit Naturallieferungen nachgeholfen wird, so reichte dies noch lange nicht. Die Gemeindeverwaltung hat deshalb gemeinsam mit der Gemeindevertretung beschlossen, an die gesamte Bevölkerung zu appellieren, daß jeder sein Scherlein dazu beitragen möge um die allerschwerste Not in der Gemeinde zu mildern. Sämtliche Vereine ohne Unterschied sind aufgefordert worden, sich in den Dienst der öffentlichen Wohlfahrt zu stellen. Am Sonnabend den 20. Januar ist im „Goldenen Löwen“ der erste Wohltätigkeitsabend. Zwei Gesangvereine, zwei Radfahrervereine, der Turnverein, die Schulkinder und die Musikvereinigung werden mitwirken. Ein abschließendes, vorzügliches Programm verspricht der Veranstaltung einen reichlichen Verlauf zu geben. Die gesamte Einwohnerschaft ist eingeladen; der Wohlthätigkeit an der Spitze sind keine Grenzen gesetzt. Hoffentlich kommt eine namhafte Summe für die alten und bedürftigen Leute zusammen, die heute häufig nicht mehr aus noch ein wissen. Sei ein jeder eingedenk, daß auch er einmal alt und arbeitsunfähig werden kann.

Larthau. Sozialdemokratischer Verein. Die am Sonnabend im Wilmerschen Lokal abgeschaltete wichtige Mitgliederversammlung war gut besucht. Der Kassierbericht vom dritten Quartal wurde vom Kassierer Genossen Wilhelm Vorchert gegeben. Die Abrechnung zeigte, daß die Kasseneinzahlungen gut sind. Der Mitgliedsbestand hat zugenommen. Eine ganze Reihe von Neuzugängen sind gemacht worden. Die Abrechnung für das dritte Quartal mit dem Bezirk konnte, da die Unterzeichner Genosse Veder und Hördick für die Partei ihr Bestes tun, bereits auszusagen Dezember erfolgen. Auch die Zahl der Abonnenten der „Volksstimme“, die in jedem Arbeiterhaushalt gelesen werden muß, ist gestiegen. Zu der bevorstehenden Gemeindevertreterswahl wurde eine Kandidatenliste aufgestellt; sie beginnt mit dem Namen Wilhelm Koppke. Die Genossinnen und Genossen müssen eifrig bemüht sein, für unsere Kandidatenliste zu agitieren. Keiner darf von der Wahl fern bleiben. Für die im nächsten Parteitag wurde in der Versammlung eine Sammlung vorgenommen. Deshalb wendet sich der Vorstand auch an alle Parteigenossen, daß die Parteibeiträge für diese Genossen verwandt werden.

## Kreis Jerichow I.

### Ordnung einer Kreis-Notgemeinschaft.

Die überaus schwere wirtschaftliche Notlage, in welche uns der unglückliche verlorene Krieg geführt hat, gefährdet das Sein und Wohlfühl unseres Volkes aufs schwerste. Um den am meisten Bedrängten und wirtschaftlich Leidenden zu helfen, haben auf Anregung des Landrats Genossen Gebhardi Vertreter aller Stände und Berufe unter's Kopfes einmütig beschlossen, eine Notgemeinschaft zu bilden.

Durch freiwillige Aufbringung von Geldmitteln soll zunächst im Interesse der gesundheitlich am meisten bedrohten Säuglinge, Schulkinder, Kranken und Altersschwachen die Milchversorgung für diese verbessert und berichtigt werden. Alle sollen helfen. Deshalb wendet sich der Vorstand auch an alle Parteigenossen des Kreises, daß die Beiträge, welche sie willkürlich für diese gegenwärtige Notlage.

### Arbeiterjugend-Verberbeitung Burg.

Eine Führerweisung findet am Sonntag vormittag 10 Uhr im Heim der Ortsgruppe Bietar statt. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Der Verberbeiterleiter.

Burg. Der Verkauf von Büchern aller Art zu Werbzwecken durch einen Beauftragten der Arbeiterjugend hatte einen sehr guten Erfolg. Es ist nun vielfach der Wunsch laut geworden, auch fernverbreiten der Arbeiterjugend Gelegenheit zu geben, Bücher, Zeitschriften, Broschüren und Bilder preiswert zu beschaffen und damit jemand zu beruhigen, der in enger Fühlung mit der Arbeiterjugend und ihren Bedürfnissen steht. Die Buchhandlung „Volksstimme“ in Magdeburg ist diesem Wunsch nachgekommen und hat den Genossen C. Wiegandt, Pflanzstraße 10, mit dem Vertrieb beauftragt. Es ist dies eine gute Auswahl genannter Gegenstände vorräthig. Bestellungen werden sofort ausgeführt. Bei Veranstaltungen der Arbeiterjugend liegt passende Literatur aus. Auch die Genossen an den Radbarren können an genannter Stelle ihren Bedarf an Büchern usw. decken. Alle unsere Freunde werden gebeten, diese neue Einrichtung nach Kräften zu unterstützen.

Burg. Volkshochschule. Die neuen Vorträge der Volkshochschule beginnen am Montag den 22. Januar in der Knaben-Mittelschule. Einzeldruckungen dazu können vom 11. bis 18. Januar in den bekanntesten Buchhandlungen erfolgen. Es wird erwartet, daß die Arbeiterjugend wie bisher rege an diesen Vorträgen teilnimmt. Die Gewerkschaftsleiter werden fortgesetzt. Zeichnungen werden im Arbeitersekretariat entgegengenommen. Zur Besichtigung der Volkshochschule der Provinz Sachsen waren der Oberpräsident Genosse Hörsing und der Ministerialdirektor Abegg in untrer Stadt anwesend. Eine Liebesstrafde? Der Sohn des Galtwirts Heisinger in der Bahnhofsstraße erhielt am Mittwoch ein Mädchen, mit der er anziehend ein Verhältnis unterhielt. Der Täter konnte bereits festgenommen werden. Nähere Angaben über diesen Fall werden wir nach Abschluß der Ermittlungen bringen.

## Kreis Wolmirstedt.

Groß-Ammensenleben. Eine öffentliche Versammlung hält der Feuerbestattungsberein für Groß-Ammensenleben und Umgebung am Sonntag den 14. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Benediktiner Saal ab. Genosse Lehrer Petri (Magdeburg) spricht über „Erb- oder Feuerbestattung?“. Im Interesse eines jeden Sterblichen liegt es, sich diesen Vortrag mitanzuhören.

## Kreis Salze.

Frohse. Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Volksvereins findet am Freitag abends 8 Uhr in der „Grünen Lärche“ statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist es Pflicht der Mitglieder, zahlreich zu erscheinen. Die Funktionäre werden ersucht, eine Stunde vorher zu kommen. Eine Hilfsaktion. Wie schon an verschiedenen Orten, so hat auch unsere Gemeindebehörde eine Hilfsaktion für die Sozialrentner eingeleitet. Es sind schon höhere Beträge und Lebensmittel seitens der Arbeiterjugend und der Gewerbetreibenden an Ort eingegangen. Durch Leistung einer Ueberstunde, welche vom Ortsauschuss in Schönebed eingeleitet wurde und durch Sammelkisten in den Betrieben hat die Arbeiterjugend beigetragen, die Not der Rentner der Armen etwas zu lindern. Die Belegschaft der Seifnerischen Dampfzelle sowie die meisten Gewerbetreibenden haben sich bereit erklärt, auf die Dauer von 5 Monaten Geldbeträge und Lebensmittel allmonatlich zur Verfügung zu stellen. Nachdem schon eine Verteilung von Kartoffeln stattgefunden hat, werden in den nächsten Tagen Geld, Kohlen und Mehl zur Verteilung gelangen.

Groß-Salze. Sozialdemokratische Versammlung. Am Sonnabend findet in „Stadt Hamburg“ (Golle) eine Mitgliederversammlung des Parteiverbands statt. Inger einem Vortrag steht die Vorstandswahl und eine äußerst dringende Sache, welche in dieser Versammlung zur Erledigung gebracht werden muß, auf der Tagesordnung. Der Ernst der politischen Lage und nicht zuletzt die wahrscheinlich in kurzer Zeit stattfindende Stadtverordnetenwahl erfordern es, daß die Parteimitglieder zahlreich an dieser Versammlung teilnehmen.

## Bereinigte sozialdemokratische Partei Deutschlands Ortsverein Staßfurt.

Am Freitag den 12. Januar, abends 8 Uhr, im Lokal vom Klingel Mitgliederversammlung | Bezirksleiter Genosse Gustav Fenzl spricht über „Die politische Lage.“ — Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Staßfurt. Die Stadtverordneten-Versammlung wird nur noch eine kurze Lebensdauer haben. Daher wurden in der Sitzung auf Vorschlag der bisherigen Vorsitzenden und Schriftführer auf ihren Posten belassen. Die Entschädigung für den Protokollführer wurde auf 5000 Mark festgesetzt. Zum Armenbezirksvorsteher wurde Gen. Leichert für den 15. Bezirk und Stadtv. Genosse Brandt für den 22. Bezirk bestätigt. In längeren Ausführungen begründete Bürgermeister Genosse Wiegandt die Schaffung einer Notgemeinschaft. Da Reich, Staat und Gemeinde bei ihrer Finanznot nicht in der Lage sind, dem Elend der Rentner der Armen zu steuern, muß die gesamte Bevölkerung ein großzügiges Hilfsnetz in die Wege leiten. Der Solidaritätsgedanke der Arbeiterjugend wird durch Leistung einer Ueberstunde einen Grundstock für diese Hilfe schaffen, wenn auch die sich Kommunitäten nennenden Leute Solbologie treiben. Für die Notation wurde ein Komitee aus Vertretern der Stadt, der Unternehmer und Arbeiter gebildet. Stadtv. Daniel fragte an, ob es dem Magistrat bekannt ist, daß infolge mangelhafter Reinhaltung bereits einige Wärdereien mitleiden. Die Auskunft lautete dahin, daß bereits im Laufe des Tages 400 Renner Mehl abgefahren worden sind. Eine lange Ansprache brachte eine Anfrage des Genossen Hennig mit sich, welche sich auf die Verdrängung der Krankenkassenträger durch Dr. med. Pirauer zum Zwecke der Einrichtung einer Klinik bezog. Durch Schiedsgericht sind angerechneten Schiedsgerichts, bei welchem Dr. Pirauer eine Schadenersatzforderung von 1 1/2 Millionen Mark wegen Nichterfüllung des Vertrags geltend machte, wurde der Stadt die Zahlung von 100 000 Mark ausgesetzt. In der Debatte, in welcher besonders Stadtvater Seidel scharfe Worte gegen die Firma Pirauer u. Co. gebrauchte, kam unzweideutig zum Ausdruck, daß man es ablehnen müßte, auf Kosten der Stadt den enttäuschten Erwartungen eines privaten Geschäftsunternehmens wieder auf die Beine zu helfen. Der Schiedspruch, der auf solchen Voraussetzungen des Vertragskontrahenten

basiert, ist anfechtbar. Los vom Vertrag, war die allgemeine Auffassung. Auf Anfrage Joseph teilte Baurat Seipel mit, daß den Holzlandarbeitern zurzeit ein Stundenlohn von 150 Mark und 5 Mark Kinderlohn gezahlt wird. Im Zusammenhang damit wurde betont, daß die Behauptungen des Stadtv. Joseph über die Angelegenheit des entlassenen Baukontrolleurs auf Unwahrheit beruhen. Weiter wurde mitgeteilt, daß wegen Erkrankung des Bürgermeisters Dr. Berger vom 10. Januar an die Geschäfte durch Baurat Seipel geführt werden. Der Pfleger für Volksgesundheit wurde von 50 auf 100 Mark erhöht. Gelegenheit des 50jährigen Jubiläums von Leopoldshall hat das Bankhaus Mann 250 000 Mark gestiftet, wovon der Stadt Staßfurt 100 000 Mark überwiesen sind. Für das Säuglingsheim sind vom Kreis Stiefelverkauf für Winterhemdchen im Betrag von 8000 Mark hat der Schuhmacher Hoffmann dem Wohlfahrtsamt überwiesen. Ein treues Zukunftsbiß entrollte ein Bericht des Schulrates Dr. Niemann über den Gesundheitszustand der Schulkinder. Zustimmung fand die Aufnahme einer Anleihe von 1 Million Mark für Wohnungsbaumaße. Auf Antrag des Magistrats soll die Erhöhung des Wasserpreises wegen der häufigen Ueberhebungen der Deputation überlassen bleiben. Das Schulgeld an der höheren Mädchenschule wurde vom 15. Januar an auf 3200 Mark für Einheimische und 4000 Mark für Auswärtige festgesetzt. Eine Veränderung des Ortsstatuts über Verunreinigung des Straßenbodens wurde angenommen. Die Gebühren für Ueberführung Verstorbenen zum Friedhof wurden auf 500 000 Mark das Jahr festgesetzt. Bei dieser Gelegenheit befürwortete Stadtv. Joseph ein Verbot der feierlichen Leichenbestattungen, ohne jedoch Genehmigung zu finden. Die Entschädigung für Verwaltung der Schulbücher wurde von 100 Mark auf 1000 Mark erhöht. Die Stadtverordneten nahmen Kenntnis von der Befehung der Konzeptschriften durch die Lehrer Fusch, Redlich und Müller. Zwei dringlichkeitsanträge: Uebernahme von drei gefundigten Schmelzern des Vaterländischen Frauenvereins durch die Stadt und Erhöhung der Desinfektionsgebühren vom 15. Januar an fanden Uebernahme. Der Parteiverband der W. S. V. D. hält am Freitag abends 8 Uhr im Klingel keine Monatsversammlung ab. Parteisekretär Genosse Fenzl (Magdeburg) wird einen Vortrag über „Die politische Lage und die kommenden Wahlen“ halten. Eine interessante und reichhaltige Tagesordnung liegt vor, so daß zahlreiches Erscheinen der Mitglieder nötig ist.

Staßfurt. Hakenkreuz und Sowjetkern. Mit einer Versammlung der Kommunisten am Vortag vorigen Jahres beschäftigte sich das Schöffengericht Staßfurt. Inneklagt war die geistliche Größe der P. D. in Staßfurt, Wallstab, wegen Heiligung eines Diskussionsredners des „Arbeiter“ Kurth. Sowie erstlich ist, handelt es sich bei dem Kläger, den „Arbeiter“ Kurth, um einen stud. geolog., welcher vom Arbeitsnachweis Berlin der staatlichen Verpöpfung als Arbeiter vermittelt wurde. Dieser Student ist aber nicht der einzige derartige Arbeiter; denn auf mehreren industriellen Werken machen sich diese Agitatoren der Sozialistischen Partei bemerkbar. Sowohl der Kläger als auch die von ihm benannten drei Zeugen, alle zur Schuldstrafe der Sozialistischen „Mitteldeutschen Presse“ verurteilt, waren im Gerichtssaal mit dem Hakenkreuz versehen. Einmütig schoren die Hakenkreuz, daß der Kommunist Wallstab den Kläger in der Versammlung einen bezahlten, gemeinen Spieß und Craelchorganist genannt habe. Drei von Wallstab geladene Zeugen saßen unter Eid aus, daß sie die angeführten Ausdrücke von Wallstab nicht gehört haben, während zwei weitere Zeugen diese entschieden in Abrede stellten. Das Urteil lautete auf eine Geldstrafe von 3000 Mark. Die Urteilsbegründung hätte sich im wesentlichen auf die Aussagen der Hakenkreuzer bezogen. Da aber den Aussagen dieser Zeugen die der übrigen direkt gegenüberstehen, dürfte vielleicht die Staatsanwaltschaft noch ein Verweilen daran setzen, festzustellen, wessen Eid nun eigentlich richtig ist.

Schneidlingen. Eine Kartellbildung fand am 7. Januar im Regenerischen Lokal statt, in der Arbeitersekretär Genosse Seidel (Möhrleben) seinen Vortrag über das neue Arbeiterrecht fortsetzte. Die nächste Sitzung findet voraussichtlich am 21. Januar statt. In ihr wird Genosse Seidel über die Aufgaben der Betriebsräte sprechen.

## Stadtkreis Möhrleben.

Möhrleben. Für Kleinkapitalrentner und ähnliche Hilfsbedürftige verlangt der Magistrat eine städtische Beihilfe von 330 000 Mark. Dieser Zuschuß ist nötig, wenn die Reichs- und Landesregierungen für die Kleinkapitalrentner in Anspruch genommen werden sollen. Die Verteilung wird nach Ermächtigung durch die Stadtverordneten-Versammlung vorgenommen. Die Industrie in unserem Orte lagert über Geschäftsstockung. In einigen großen Betrieben, wie z. B. in der Papierwarenfabrik Beslhorn, wird unter Führung der Arbeiterzeit gearbeitet. Auch die Zahl der täglich Arbeitslosen, die Erwerbslosunterstützung erhalten, hat stark zugenommen. Besonders zahlreich sind Arbeiter betroffen. Die Kosten der Verberbeitung betragen nach einer Denkschrift des Magistrats einschließlich des Sarges und der städtischen Begräbnisgebühren in der 1. Klasse 33 500 Mark, in der 2. Klasse 66 000 Mark, in der 3. Klasse 51 000 Mark, in der 4. Klasse 45 500 Mark, bei einer Armenberberbeitung 29 000 Mark. Der billige Sarg bei einer Armenberberbeitung kostet 20 000 Mark. Die letzte Stadtverordneten-Versammlung hat die städtischen Gebühren so bemessen, daß je Vierteljahr 19 Verberbeitungen der 1. und 2. Klasse 116 400 Mark Ueberzuschuß und 27 Verberbeitungen der 3. und 4. Klasse und 13 Armenberberbeitungen 82 900 Mark Nettbetrag brachten, so daß immer noch ein Ueberzuschuß von 33 450 Mark verbleibt.

Beide Regenerischen 907. 65.00  
Beide u. Rotweingläser 50.00  
Adolf Behrendt, Chemnitz, 11. Febr. 6570-71.

Leim, Firnis und Schellack  
auf jed. Post sagt n. 2 bis 7. Jede bobo Dreie.  
W. Becker, Hartstraße 2.

Kaufe laufend zum Höchstkurs  
Druck und Gegenstände aus  
Gold  
Silber  
Platin  
Duble  
alte Gebisse  
Fritz  
Bachhausen  
Caden 1. Rathhaus  
16 A-via Kaiser  
Dito-Dorfmal.

Gerne  
putze ich meine  
Schuhe, seitdem ich  
Nigrin-Extra  
verwende  
Ich zahle heute für  
Manser-Pistolen 7,63  
Tel. 7623  
2701 — mit Anschlagkasten —  
wie bekannt die höchsten Preise.  
Jagdgewehre, Taucherglocken  
Prismen-G. B. etc.  
R. Weißenborn, geogr. Buchverlag  
Berliner Str. 1a. Werkstatt Zittd. 11e.

### Ein Ausnahme-Angebot

in erster Linie für Bibliotheken, Gewerkschaften, Genossenschaften, Parteivereine

## Ferdinand Lassalles sämtliche Werke

Alle Bände, Schriften usw. vereinigt in 12 schönen Leinwandbänden mit Leder Rücken und Goldtitel. Sehr gutes Papier, tabelloser Druck, mit einem Wort: ein Prachtwerk!

— Listenpreis für die 12 Bände 90 000.00 Mk. —

### Anier Preis bis 31. Januar 45 000.00 Mk.

Es sind im Buchhandel nur noch 50 Exemplare des Gesamtwerkes, die sich in unserm Besitz befinden

Sehen Sie sich mit uns in Verbindung

## Buchhandlung Volksstimme, Gr. Münzstr. 3

Frauenhaar  
überbiete jed n Preis  
Albert Schwiager  
4 Paaran an  
Hellen: 293  
Gatobstraße 48,  
Dr. Marktstraße 13,  
Kaiserstr. 50, Singen,  
Blumendstraße 17,  
Rathaus, unter den  
Klönen bca.

## 30 000 Mark Belohnung!

Ja der Nacht vom 6. zum 7. Januar sind uns  
3 neue Schreibmaschinen  
Nr. 204419, Nr. 39064 und 39724) ge-  
boten. Obige Belohnung erdilt der zueit-  
besten Angabe zur Ueberlieferung machen  
kann. Der Kauf wird gewarnt.

## Expeditions-Kontor Schönebed.

## 5000 Mark Belohnung.

Mittwoch mittag 12 1/2 Uhr ist mir eine meiner  
Geschäftsänder (Marie Dürlop)  
mit schwarzem Haaren und gelben, nach oben  
gebogener Leinwand, 5-jährig, die ich  
Cohn, Behereimann, vor dem Hause Königs-  
räger Straße 13 getohlen worden. Obige  
Belohnung setze ich aus für Wiederherbei-  
schaffung desselben oder Mitteilung, die die  
Ermittlung des Täters ermöglicht. 25  
Strengste Vertrauenswürdigkeit auf Wunsch.

## Siegfried Cohn

Behereimann — Breiteweg 58/60.







Der Reichstag hat wieder die Besetzung seiner eigenen Wirtschaft auf Reparationskonto geliefert hat. (Zuruf rechts: Leider! Immerhin: bis dahin wird die Besetzung einer weiteren preussischen Provinz

den schweren Fuß des Eroberers auf ihrem Nacken zu fühlen haben. Schon jetzt leidet die Besetzung des Ruhrgebietes schwer unter der Wohnungsnot und dem sonstigen wirtschaftlichen Elend (Zuruf der Komm.: Ihre Schuld!), das der Druck der Sieger uns befehrt. Durch den Einmarsch vieler tausend Soldaten mit ihrem ganzen Kriegsgerät wird sich dieser Notstand zur Unerträglichkeit steigern. Aus den Erfahrungen im Rheinland wissen wir zur Genüge, daß der französische Militarismus nach so ruhmlosen Siegen über eine entmännete und wehrlose Bevölkerung keine Rücksicht auf diese und ihre vitalen Interessen und Bedürfnisse kennt. (Sehr richtig! Zuruf der Komm.: Wer hat entworfen?) Die Reichsregierung und die mit ihr in vollem Einvernehmen arbeitende preussische Staatsregierung werden alles in ihrer Macht stehende tun, um der schwerbetroffenen Bevölkerung des neu zu besetzenden Gebietes beizuhelfen. (Bravo!)

Den nunmehr unter das Joch des französischen Militarismus geratenen braven Söhnen des Rheinlandes und Westfalens rufe ich auch von dieser Stelle zu: Haltet aus, laßt euch nicht zu Unbesonnenheiten hinreißen!

(Zurufe der Komm.: Ruhe ist die erste Bürgerpflicht! Traurig!) Und vergesse nie, was ihr eurem preussischen, teuren deutschen Vaterland schuldig seid! Steht allen Bedrückungen und Verführungen zum Troste treu zu ihm, wie alle deutschen Volksgenossen von den bairischen Bergen bis zu den Bogen der Ostsee, vom deutschen Rhein bis zu den maurischen Seen treu zu euch stehen werden! (Lebhaftes Bravo!) Vor der ganzen Welt erheben wir mit euch klammernden Protest gegen die unerhörte, alles Wehrrecht verlebende Gewalttat, deren unmittelbare Opfer ihr werden sollt. Wir können der Gewalt nur das Recht, der Willkür nur die Gerechtigkeit entgegensetzen in der unbeirrten Hoffnung, daß Recht und Gerechtigkeit von dauerndem Bestand sein werden als Gewalt und Willkür. (Lebhafter Beifall und Bravorufe bei der Mehrheit des Hauses. Vereinzelt Pfeifen der Kommunisten. Einer der Kommunisten ruft: Es lebe das französische und das deutsche Proletariat! Darüber kommt es zu lebhaften Gegenübergehungungen und Pfuirufen bei den bürgerlichen Parteien.)

Altpräsident Herold (Ztr.) beantragt mit Rücksicht auf die Bedeutung der Erklärung des Ministerpräsidenten und die allgemeine politische Lage Verlegung des Landtags und Ermächtigung des Präsidenten, den Zeitpunkt und die Tagesordnung der nächsten Sitzung festzusetzen. Die Kommunisten erheben gegen diesen Antrag den Bescheid, daß der Reichstag nicht die Befugnis hat, die Sitzung zu verschieben. Gegen ihre Stimmen wird der Antrag auf Verlegung angenommen, und Präsident Leinert schließt die Sitzung, die eine knappe halbe Stunde dauerte, mit folgenden Worten: Ich verleihe die von der Besetzung bedrohte Bevölkerung der wärmsten Teilnahme des Landtags (lebhafter Beifall) und erkläre, daß auch der Landtag als verfassungsmäßige Vertretung des preussischen Volkes treu zu den Brüdern und Schwestern des neu zu besetzenden Gebietes stehen wird. (Erneuter lebhafter Beifall.)

### Bergarbeiter und Ruhrbesetzung.

Die Reichskonferenz der Bergarbeiter, die am Dienstag stattfand, befaßte sich mit den möglichen Folgen einer Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen. Man vertrat einstimmig den Standpunkt, daß sich die vom internationalen Gewerkschaftsbund verkündete Parole: „Nie wieder Krieg!“ auch auf solche kriegerischen Handlungen erstreckt, die gegen ein wehrloses Volk begangen werden. Alle Redner zu diesem Thema waren sich des Ernstes dieser Stunden bewußt.

Die französische Regierung muß sich klar darüber sein, daß der Einmarsch französischer Soldaten in das Ruhrgebiet von der gesamten Arbeiterschaft als eine feindselige Handlung angesehen wird, gegen die vorzugehen die auf dem internationalen Gewerkschaftskongress gefassten Beschlüsse verpflichten.

### Weltprotest der Arbeiterklasse.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat am 8. und 9. Januar in außerordentlicher Sitzung zu der Drohung der französischen und belgischen Regierung, das Ruhrgebiet mit Gewalt zu besetzen, Stellung genommen.

Nach ausführlicher Berichterstattung der Genossen Thomas (England), Jonhauz (Frankreich) und Leipart (Deutschland) beschloß der Verwaltungsrat, einen einmütigen Weltprotest der Arbeiterklasse gegen jede Politik, die sich auf Gewaltmittel stützt, herbeizuführen.

Der Internationale Gewerkschaftsbund fordert die angeschlossenen Mitgliedschaften in allen Teilen der Welt auf, umgedämmt zu verlangen, daß die Frage der Reparationen durch Schiedspruch des Völkerbundes entschieden werde, nicht aber durch Anwendung von Mitteln, die nur zum völligen Chaos Europas führen können. Die Mitglieder des Verwaltungsrats werden beauftragt, daß nach Eingang weiterer Verhandlungsregeln von der Internationale bestimmte Beschlüsse gefaßt werden können.

### Der Preis für die italienische Hilfe.

Der römische „Messaggero“ meldet aus Paris, daß der Abschluß eines italienisch-französischen Orientabkommens bevorstehe. Danach verpflichtet sich jeder gegenseitig, bei einer Initiative im Orient solidarisch vorzugehen und eine Art gemeinsamer Bewirtschaftung der bereits bestehenden und noch zu errichtenden Unternehmungen durchzuführen. Die türkische Souveränität soll gewahrt bleiben. Italien würde an einigen, bereits im Betrieb befindlichen französischen Unternehmungen teilnehmen und auch auf finanzielle Hilfe durch Frankreich bei seinen Orientplänen rechnen dürfen. England soll aufgefordert werden, teilzunehmen.

Der obige Vertrag, der trotz aller akademischen Versicherungen über die „Wahrung der Souveränität der Türkei“ auf Kosten der realen Selbstständigkeit des neuen türkischen Staatsgebildes geschlossen worden ist, stellt zweifellos einen wichtigen Teil des Preises dar, den Frankreich für Italiens Unterstützung hat zahlen müssen. Es konnte diesen Preis aber um so leichter zahlen, als die vertraglich vereinbarte „gegenseitige Solidarität“ bei expansiven Vorläufen im Orient sowieso schon vorhanden war.

Dennoch der französisch-italienische Pakt rächt sich vornehmlich gegen England. Und das Italien Mussolinos hat gegen die Briten Front gemacht.

### Einfall ins Memelland.

Nach einer Ab-Meldung sind die Litauer in das Gebiet des Memellandes eingedrungen. Nach den bisher vorliegenden Meldungen handelt es sich nicht nur um Freischärler, sondern auch um reguläre Truppen, die sowohl südlich wie nördlich von Memel die Grenze überschritten. Wie das „Memeler Dampfboot“ meldet, hat der französische Oberkommissar Petisne als Vertreter der alliierten Mächte einen Aufbruch erlassen, in dem es heißt, daß er sich mit allen zu Gebote stehenden Mitteln dem Einfall entgegenstellen werde.

Die Mittel, die dem Vertreter der Alliierten zur Verfügung stehen, sind nur ein Bataillon und etwas über 100 Mann Polizei. Um Memel haben die Franzosen Stellungen bezogen und Maschinengewehre eingebaut.

Deutschland kann dem Memelland nicht zur Hilfe kommen, weil es im Friedensvertrag auf dieses Gebiet verzichten mußte, das seitdem unter der Verwaltung der Alliierten steht. Eine Entscheidung über die Zukunft des Litauens ist bisher noch nicht getroffen worden. Die Litauer verlangen das Gebiet für sich, bei den Alliierten besteht die Meinung, das Memelland zu einem „Freistaat“ nach dem Danziger Muster zu machen, die Memelländer selbst sind in ihrer Mehrheit für den Wiederanschluß an Deutschland.

Dollar Amtliche Notiz vom Mittwoch 10234 10200 Mark Donnerstag mittags ca. 10200 Mark

### Letzte Meldungen.

#### Amerika protestiert!

Wb. Washington, 11. Januar. (Mentor.) Der Präsident hat die amerikanischen Truppen vom Rhein zurückgerufen.

Wb. London, 11. Januar. Die „News Agency“ meldet, daß das Militärtransportschiff „St. Michel“ den Befehl bekommen hat, von Neuport abzufahren, um die letzten Truppen aus Europa zurückzuführen. Es sind ungefähr 1500 Mann.

Wb. London, 11. Januar. Dem Neuporter Berichterstatter des „Daily Telegraph“ zufolge ist die Mißbilligung Washingtons bezüglich der französischen Besetzung des Ruhrgebietes Frankreich offiziell durch den amerikanischen Botschafter in Paris, Herrid, übermitteln worden. Es sei jedoch kein formeller Protest erhoben worden.

Wb. Washington, 11. Januar. Senator Needs von Missouri hat gestern im Laufe einer Ansprache im Senat den Vorschlag gemacht, den offiziellen Vertreter Amerikas in der Reparationskommission, Koppen, abzurufen.

Wb. Paris, 11. Januar. Sabas berichtet aus Washington, General Allen, der kommandierende der amerikanischen Truppen im Rheinland, habe den Befehl erhalten, sofort den Abtransport der Truppen durch Einschiffung in Antwerpen oder Bremen zu bewerkstelligen.

#### Kerger und Abscheu.

Wb. London, 11. Januar. Die Zurückziehung der amerikanischen Truppen vom Rhein und die Abberufung des deutschen Botschafters in Paris sowie des deutschen Gesandten in Brüssel erregen großes Aufsehen. Der Washingtoner Berichterstatter der „Times“ meldet, die Zurückziehung müßte als das äußere und sichtbare Zeichen angesehen werden für den Kerger und den Abscheu — diese Worte seien nicht zu stark — mit der die französische Aktion in Amerika betrachtet werde. Die amerikanische Regierung habe anherben besonders Wert darauf gelegt, es klarzumachen, daß Frankreich während der ganzen Zeit in voller Kenntnis der Haltung der Vereinigten Staaten gehandelt habe.

#### Dann besetzen wir das ganze Revier.

Wb. Berlin, 11. Januar. Die Verlegung des Kohlenhandels nach Hamburg nimmt die größte Aufmerksamkeit der Pariser Presse in Anspruch. „Recht Parisien“ schreibt, die Aufhebung dieses Organs, die Stinnes, Böhlen und Kirdorf veranlaßt hätten, soll wohl Frankreich und seine Alliierten veranlassen, die Kohlenförderung zu kontrollieren, d. h. die Kohlensteuer zu erheben. Diese Vernehmung wäre vielleicht gerechtfertigt, wenn das Kohlenhandels auch die Kohlenbewerke hätte abtransportieren können. Das einzige Ergebnis, das die widerspenstigen Großindustriellen erreichen könnten, wenn sie in ihrer Haltung beharrten, wäre das, Frankreich und seine Alliierten zu zwingen, nicht nur Essen, sondern das gesamte Ruhrrevier zu besetzen.

#### Die französischen Sozialisten protestieren.

Wb. Paris, 11. Januar. Die sozialistische Kammergruppe hat gestern beschlossen, im Laufe der heutigen Sitzung zwei Interpellationen über die Besetzung des Ruhrgebietes einzubringen. Der Führer der Fraktion, Abg. Blum, wird im Namen seiner Fraktion die sofortige Beendigung der Interpellationen verlangen. Die Regierung selbst ist, Neues zufolge, einmütig, nach der Erklärung Poincarés die Vertagung der Beratung sämtlicher Interpellationen bis nach Erledigung des Finanzgesetzes, also bis zum Monat Februar zu verlangen. (Und die Regierung wird natürlich ihre Forderung durchsetzen, so daß Genosse Blum nicht zu Worte kommt. Red.)

#### Protest französischer Bergarbeiter.

Wb. Paris, 11. Januar. Nach einer Sabas-Meldung aus St.-Etienne erklärt der Verband der Bergarbeiter und der kommunistische Bergarbeiterverband des Departements Loire Protestaufrufe an die Arbeiterklasse gegen die Besetzung des Ruhrgebietes.

#### Verhaftungen in Paris.

\* Paris, 11. Januar. Mittwoch morgen wurden zwölf Kommunisten verhaftet, die an der Sitzung des Aktionskomitees in Essen teilgenommen hatten. Die Anklage lautet auf Komplott gegen die äußere und innere Sicherheit des Staates. Auch gegen Cachin ist ein Haftbefehl erlassen worden, der nach Paris zurückgeführt ist, sich aber verweigert halten soll.

In der „Humanité“, dem Organ des unparteiischen Gewerkschaftsbundes, wurde eine Hausdurchsuchung vorgenommen, wobei das Bureau Cahins erbrochen wurde.

Wb. Paris, 11. Januar. Im Laufe des gestrigen Abends sind vier weitere Kommunisten verhaftet worden wegen ihrer Tätigkeit in Frankreich und zum Teil auch wegen der Tätigkeit, die sie in den letzten Wochen in Belgien und unbesetzten Deutschland ausgeübt haben, verhaftet worden. Drei von ihnen wurden aus dem Schnellzug Köln-Paris heraus bei ihrer Ankunft auf der Station St. Quentin festgenommen.

#### Große Worte.

Wb. Paris, 11. Januar. „Matin“ schreibt, heute vielleicht wird das britische Kabinett einen Protest vornehmen lassen. Das kann indessen gar keinen Einfluß auf den Kar be-

wiesenen Willen Frankreichs, Belgiens und Italiens ausüben. Wenn wir einmal Herren des Ruhrgebietes sind, dann sind Belgien, Frankreich und Italien stark genug, die Bedrohungen der City (England) und der Wallstreet (Amerika) zu ertragen, ohne geschwächt zu sein.

#### Zum Einfall der Litauer.

Wb. Scheldrug, 11. Januar. Wie hier bekannt ist, sind im Südteil des Memellandes auch die Orte Piktupda und Pogegen am nördlichen Memelufer von den Litauern besetzt worden. Die dort stehende memelländische Schutzpolizei ist zum Teil entwaflnet worden.

Von Norden her sehen die Litauer den Vormarsch auf Memel fort. Meldungen über Zusammenstöße liegen bisher nicht vor. Wb. Memel, 11. Januar. Das „Memeler Dampfboot“ meldet: Nach den letzten Nachrichten haben die Litauischen Freischärler Hebermemel (Gegend von Tiffit) besetzt. Andre Abteilungen stehen 10 Kilometer südlich Scheldrug. Im Norden Memels stehen die Litauer vor Kollaten.

### Fort mit dem Steuerrecht!

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund hatten vor Weihnachten an die Reichsregierung das bringende Ersuchen gerichtet, unverzüglich eine Erhöhung der Abzüge der Lohnsteuerpflichtigen zur Einkommensteuer vorzunehmen. In der bekannten Besprechung der Gewerkschaften mit dem Reichskanzler hat sich dieser über die Veröffentlichung jener Eingabe sehr beschwert, es aber gleichwohl unterlassen, inzwischen irgendwelche Maßnahmen zu treffen, um diese unhaltbaren Zustände im Einkommensteuerwesen zu ändern.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben deshalb am Mittwoch erneut ein dringliches Mahnschreiben an den Reichsfinanzminister Hermes gerichtet und von ihm eine Auskunft über die Stellungnahme der Regierung verlangt. Es wird in dem Schreiben darauf verwiesen, daß bei dem heutigen Dollarkurs, der bevorstehenden Brotverteilung und den gesamten übrigen wirtschaftlichen Verhältnissen, wie sie sich in den letzten Tagen herausgebildet haben, eine Verbeibaltung der alten Beiträge für Werbungsstellen und sonstige Steuerabzüge unhaltbar geworden ist. Die beiden Spitzenverbände fordern vom Reichsfinanzministerium die sofortige Einbringung und Verabschiedung einer Vorlage beim Steuerauschuß des Reichstags im Sinne der Eingabe. Das Reichsfinanzministerium müsse sich darüber klar sein, daß eine weitere dilatorische Behandlung dieser Forderung die Aufrechterhaltung des Steuerabzugs vom Lohn unter den derzeitigen wirtschaftlichen Verhältnissen schon in allernächster Zeit überhaupt in Frage stellen müsse.

### Löhne der Staatsarbeiter und Beamten.

In den Verhandlungen über die Januarlöhne für die Reichs- und Staatsarbeiter wurden folgende Stundenlöhne festgesetzt:

in der Lohngruppe I	für die erste Hälfte Januar:	für die zweite Hälfte Januar:
II	322 M.	379 M.
III	314	369
IV	306	359
V	298	349
VI	293	343
VII	290	339
VIII	287	335

Die Lohnsätze vermindern sich in jeder Dreiklasse von B bis E um je 6 Mark in der ersten Hälfte und um je 7,50 Mark in der zweiten Hälfte des Monats Januar. Der Kinderzuschlag erhöht sich von 20 auf 25 Mark und der Frauenschlag von 15 auf 24 Mark ab 1. Januar. Der Lohn für die weiblichen Bediensteten ist jeweils 65 Prozent des Lohnes der Lohngruppe VII.

Die am Mittwoch stattgefundenen Verhandlungen über die Erhöhung der Beamtengehälter für Januar brachten die Erhöhung des Teuerungszuschlages um 60 Prozent für die erste Hälfte des Monats und um weitere 68 Prozent für die zweite Hälfte des Monats. Die Gesamtbezüge der Beamten und Angestellten erfahren also im Monatsdurchschnitt eine Erhöhung um etwa 30 Prozent. Der Frauenschlag wurde von 3500 auf 5000 Mark hinaufgesetzt.

### Notizen.

Streik in der Berliner Metallindustrie? In der Berliner Metallindustrie droht nun doch ein erster Kampf. Die Arbeiter haben in der Urabstimmung den Schiedspruch abgelehnt, der in der Spitzengruppe eine Erhöhung der bestehenden Stundenlöhne von 324 auf 430 Mark brachte. Die Urabstimmung hat zugleich die nach dem Statut vorgeschriebene Dreiermehrheit für den Streik ergeben. Der Reichsarbeitsminister hat die Parteien zu Freitag eingeladen und hofft auf Annahme eines Vermittlungsversuchs und auf Vermeidung des gerade in diesem Augenblick sehr gefährlichen Streikes.

Neue Erhöhung der Personentaxe bei der Reichsbahn. Der ständige Ausschuss des Reichs Eisenbahnrats trat am Mittwoch vormittag zusammen, um zu der allgemeinen Tarifpolitik der Reichsbahn, besonders zu den am 1. Januar 1923 eingeführten Tarifveränderungen und den Änderungen in dem Schema und in der Gütereinteilung Stellung zu nehmen. Der Ausschuss billigte einhellig die Politik der Reichsbahn, die zum Ausgleich zwischen den Ausgaben und Einnahmen schnelle Anpassung der Tarife an die fortschreitende Geldentwertung fordert, wobei die wirtschaftlichen Interessen, soweit eben möglich, durch eine Spezialisierung der Tarife berücksichtigt werden sollen. Mit allen gegen zwei Stimmen wurde die Notwendigkeit einer Erhöhung der Personentaxe zum 1. Februar 1923 um 100 Prozent anerkannt.

Die Löhne im übrigen Bergbau. Nach dem Schiedspruch über die Löhne im Ruhrrevier wurden in Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 9. und 10. Januar auch die Löhne der Bergarbeiter in den übrigen deutschen Steinkohle- und Braunkohlerevieren teils durch Schiedspruch, teils durch Vereinbarungen geregelt. Die Lohnhöhe hält sich abgesehen vom Sächsischen Revier, dessen Lohnsätze nach altem Bestehen den im Ruhrrevier entsprechen, etwas unter den Sätzen des Ruhrreviers.

Die englische Arbeitslosenfrage steigt. Am 1. Januar betrug die Zahl der Arbeitslosen in England 1485 800. Das sind 127 000 Arbeitslose mehr als am 18. Dezember.

### Depeschen.

#### 45 Bergleute verbrannt.

Wb. Sinsendburg, 11. Januar. Auf der Altschlaggrube ist am Mittwoch eine Benzindrehmaschine explodiert, wodurch eine ganze Strecke in Brand geriet. 45 Bergleute sind abgestorben. Wie die Grubenverwaltung mitteilt, ist zu befürchten, daß alle abgestorbenen Bergleute verloren sind.



